

Bürgschaftsantrag

zur Enthftung des Bremer Unternehmerkredites

Kreditnehmer: _____

Bürgschaft: TEU

Erklärung des Kreditnehmers

- a.) Ich/Wir versicher(e)n die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben. Die mir/uns bekannten Garantierichtlinien werden von mir/uns anerkannt. Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass von mir/uns eingereichte Unterlagen an Bewilligungsverfahren beteiligte Stellen weitergegeben werden. Der beantragten Bürgschaften liegen Subventionen des Bundes und des Landes Bremen zugrunde. Sie sollen gewährt werden, um die Schaffung oder Sicherung nachhaltig wettbewerbsfähiger selbständiger Existenzen (gemäß KMU-Definition) zu ermöglichen. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns gemachten Angaben zu diesem Antrag subventionserheblich im Sinne § 264 StGB sind.
- b.) Ich/ wir erkläre(n) zur Überprüfung der EU-Beihilferegularien, innerhalb der letzten drei Kalenderjahre
- keine
 die in der Anlage erläuterten
- „de-minimis“-Beihilfen erhalten bzw. beantragt zu haben.
- c.) Sämtliche Verbindlichkeiten meines/unseren Unternehmens sind im Antragsvordruck oder auf einem Beiblatt aufgeführt. Zwangsmaßnahmen (insbesondere Zwangsvollstreckungen, eidesstattliche Versicherungen, Insolvenz-, Konkurs- oder Vergleichsverfahren und - in den letzten 12 Monaten - Mahnbescheide und Wechselproteste) sind nicht vorgekommen oder auf einem Beiblatt angegeben.
- d.) Die Hausbank wird von ihrer Schweigepflicht gegenüber den Subventionsgebern und deren Prüfungsbehörden entbunden. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt. Ich bin/Wir sind darüber informiert, dass sich die Bürgschaftsbank Bremen GmbH der elektronischen Datenverarbeitung bedient (§33 BDSG).
- e.) Ich/ Wir erkläre(n) mich/uns ausdrücklich damit einverstanden, dass die eingereichten Unterlagen durch die Bürgschaftsbank Bremen GmbH im Wege der elektronischen Datenübermittlung weitergeleitet werden dürfen.
- f.) Ich/Wir gestatte(n) unwiderruflich, dass der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen Einsicht in die Steuerakten beim Finanzamt bis zur endgültigen Abwicklung des Bürgschaftsengagements nimmt, wenn er dies für erforderlich hält. Im Falle der drohenden Inanspruchnahme aus der Bürgschaft ist der Senator für Finanzen berechtigt, dem Kreditgeber und der Bürgschaftsbank Bremen GmbH zweckdienliche Angaben aus den Steuerakten zu machen.
- g.) Der Kreditnehmer ermächtigt die Bürgschaftsbank Bremen GmbH, die Bearbeitungsgebühr und die jeweils fällige Bürgschaftsprovision (unter www.buergschaftsbank-bremen.de abrufbar) durch Lastschrift vom folgenden Konto einzuziehen:

Kreditinstitut _____ Kontonummer _____

Kontoinhaber _____ Bankleitzahl _____

Ort, Datum

Unterschrift des Kreditnehmers

Erklärung des Kreditinstituts

Wir sind bereit unter Anerkennung der Bürgschaftsrichtlinien der Bürgschaftsbank Bremen GmbH die beantragte Finanzierung von insgesamt TEU _____ zu den genannten Konditionen zu gewähren, sofern hierfür die beantragte Enthftung (durch Übernahme von Ausfallbürgschaften) übernommen wird. Wir bestätigen, dass die zu verbürgenden Kredite bisher nicht in Anspruch genommen wurden. Auch wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben zum Darlehensantrag. Wir sind damit einverstanden, dass von uns eingereichte Unterlagen an am Bewilligungsverfahren beteiligte Stellen weitergegeben werden. Der beantragten Verbürgung liegen Subventionen des Bundes und des Landes Bremen zugrunde. Sie sollen gewährt werden, um die Kreditfähigkeit mittelständischer Unternehmen und Freier Berufe zu erhöhen. Wir sind darüber unterrichtet, dass die von uns gemachten Angaben zu diesem Antrag subventionserheblich im Sinne § 264 StGB sind. Wir erkennen an, dass sich die Bürgschaftsbank im Bedarfsfall die Anforderungen weiterer Unterlagen vorbehält. Des weiteren ist uns bekannt, dass die Bürgschaftsbank bei Existenzgründungen in Folge von Betriebs-übernahmen eine begleitende Beratung gemäß 4-Phasen-Modell beauftragen kann. Wir verpflichten uns, Sie unverzüglich zu unterrichten, wenn sich bis zur Aushändigung der Bürgschaftsurkunde Änderungen bezüglich der in diesem Antrag und nachträglich gemachten Angaben ergeben.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift
des Kreditinstituts

Anlagen

- Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte Beihilfen
- Kreditvorlage/Stellungnahme des Kreditinstituts
- Rating-Bericht des Kreditinstitutes vom Antragsteller
- Vorhabensbeschreibung/Unternehmenskonzept
- Investitions- und Finanzierungsplan
- Lebenslauf des Kreditnehmers/Gesellschafters
- Umsatz- und Ertragsvorschau
- Liquiditätsplan
- Selbstauskunft

soweit zur Kreditbeurteilung erforderlich, zusätzlich

- vollständiger Jahresabschluss der letzten 3 Geschäftsjahre (einschließlich verbundener Unternehmen)
- BWA-Zahlen zum laufenden Geschäftsjahr
- Übernahme- / Franchise- / Kaufverträge
- Miet- / Leasing- / Lizenzverträge
- Gesellschaftsvertrag

Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte Beihilfen

im Sinne der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für De-minimis-Beihilfen

Antragsteller:

Investitionsanschrift:

Ist das Unternehmen im Bereich des Straßentransportsektors tätig? ja nein

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen

vollständiger Name des Unternehmens

im laufenden Kalenderjahr* sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren

- keine
 folgende

De-minimis-Beihilfen¹ im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 379 vom 28. Dezember 2006 bzw. der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 10 vom 13. Januar 2001, erhalten habe:

Datum Bescheid/Vertrag	Zuwendungsgeber	Aktenzeichen	Fördersumme EUR	Subventionswert EUR

* In Deutschland entspricht das Kalenderjahr dem Steuerjahr

¹ Wie hoch die Summe der Beträge der von Ihnen bereits erhaltenen De-minimis-Beihilfen ist, können Sie den in dem betreffenden Zeitraum erhaltenen De-minimis-Bescheinigungen in der Anlage zu den Zuwendungsbescheiden entnehmen. Für De-minimis-Beihilfen besteht die Verpflichtung zur gesonderten Nennung des Subventionswertes.

Mit der Bürgschaft erhalten Sie eine Beihilfe i. S. des EU-Beihilferechts.

Das Beihilferecht erlaubt die Vergabe von Beihilfen an Unternehmen in engen Grenzen nach verschiedenen Regelungen (z.B. De-minimis, Regionalleitlinien). Jede Regelung bestimmt in Abhängigkeit von z.B. der Größe des Unternehmens oder der Lage des Investitionsvorhabens eine Obergrenze für gewährte Beihilfen für ein bestimmtes Vorhaben. Erhält ein Unternehmen für dasselbe Investitionsvorhaben mehrere Beihilfen von mehreren Beihilfe gewährenden Stellen (z.B. Zuschüsse, Bürgschaften, Förderdarlehen), so muss sichergestellt werden, dass bei Addition aller gewährten Beihilfen (Kumulierung) die gemäß den EU-Beihilferegelungen zulässige Beihilfeobergrenze nicht überschritten wird. Der maximal zulässige Gesamtbetrag der De-minimis-Beihilfen beträgt innerhalb von drei Kalenderjahren

€ 200.000 bzw. € 100.000 bei Unternehmen, die im Bereich des Straßentransportsektors tätig sind. Falls ein Unternehmen unter mehreren Regelungen Beihilfen für dasselbe Investitionsvorhaben mit jeweils unterschiedlichen Beihilfeobergrenzen erhält, so gilt die jeweils höchste Obergrenze.

Die Höhe der gewährten Beihilfen (Subventionswerte), die zugrunde liegenden Beihilferegelungen und die diesbezüglich geltende Beihilfeobergrenze erhält der Endkreditnehmer von der jeweiligen Beihilfe gewährenden Stelle.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, folgende Erklärung abzugeben:

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen für das im Bürgschaftsantrag genannte Investitionsvorhaben

- keine weiteren Beihilfen erhalten bzw. beantragt habe/hat.
- weitere Beihilfen anderer Fördermittelgeber für dasselbe Investitionsvorhaben erhalten bzw. beantragt habe/hat. Ich versichere, dass alle für das Investitionsvorhaben erhaltenen/beantragten Beihilfen unter Berücksichtigung des Subventionswertes der Bürgschaft und der Subventionswerte der anderen Beihilfegeber für das in der Zusage genannte Investitionsvorhaben die höchstzulässige Beihilfeobergrenze nicht überschreiten. Im Falle einer Überschreitung der zulässigen Beihilfeobergrenze aufgrund der Gewährung mehrerer Beihilfen verpflichte ich mich, die zu viel gewährten Beihilfen unverzüglich zurückzuzahlen.

Mir ist bekannt, dass vorstehende Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionengesetz sind. Ich verpflichte mich, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragten Darlehen / Mittel bekannt werden.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers